

Protokoll:

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und Die LINKE-PARTEI stellen den im Informationssystem einsehbaren Änderungsantrag und begründen diesen. Die Ratsmitglieder Bündgen und Wierschem erklären, dass sie sich den Änderungsantrag nicht zu eigen machen.

Die Fraktionen CDU, FDP, FW und WGS sprechen sich gegen den Änderungsantrag aus.

Rm Ackermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gibt folgende Ausführungen und Fragen zu Protokoll:

Das Schreiben des BUND sei sehr spät gekommen. Darin seien zum Teil stichhaltige Argumente gebracht worden, deshalb wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Beratung haben. Der BUND habe Kritik am Beteiligungsprozess geäußert. Dieser Kritik schließe sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich nicht an, sie sei der Meinung, dass der Beteiligungsprozess der Stadtverwaltung sehr in Ordnung gewesen ist und habe selbst auch daran teilgenommen. Diesen Kritikpunkt möchte sie zurückweisen. Folgende Fragen und Hinweise seien ihr im Laufe der Beschäftigung mit der Thematik noch gekommen:

1. Bezüglich des Kunstrasenplatzes im Überschwemmungsgebiet stelle sich die ökologische Frage. Wie werde der Platz gesäubert und wie könne er bearbeitet werden?
2. Wie viele Gärten werden in dem 2. Bauabschnitt entfallen? Wann im Laufe des Verfahrens werde hierfür Ersatz angeboten? Am besten solle dies frühzeitig passieren.
3. Wie vielen Gartenbesitzern wird eine Alternative angeboten?
4. Könne zu der großen Rasenfläche, die im 2. Bauabschnitt dargestellt ist, nochmal im Laufe des Verfahrens darüber gesprochen werden? Wie erfolgt die Bewässerung der Rasenfläche? Gäbe es eventuell eine andere Lösung?
5. Bezüglich der Dimensionierung des Sportparks: Ist die Größe so sinnvoll, kann man daran noch modellieren? Viele der Anwohner hätten geäußert, dass hierdurch eine Lärmbelastung, entstehen werde, auch aufgrund des erhöhten Mobilitätsaufkommens.
6. Werde noch einmal darüber nachgedacht, ob ein Beachvolleyballfeld mit Sand direkt unten im Hochwasserbereich am Campingplatz sinnvoll sei?

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle das Konzept weiterentwickeln. Ein wichtiger Anhaltspunkt hierfür sei, die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen zu beleuchten.

Oberbürgermeister Langner sagt zu, dass die Thematik im Nachgang auch noch einmal im Umweltausschuss beraten werde.

Die antragstellenden Fraktionen ziehen daraufhin den Änderungsantrag zurück.

Beigeordneter Flöck erklärt, der jetzt zu fassende Beschluss sei mit seinen Eckpunkten maßgebend für die Beantragung der Fördergelder. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und insbesondere der Natur- und Artenschutz würden auf jeden Fall Berücksichtigung finden.